



DIE LINKE.
im Rat der Stadt Braunschweig

Dringlichkeits-Anfrage

Datum

Nummer

Öffentlich

26.11.2014

3289/14

Absender

DIE LINKE.
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Markurth
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Sitzungstermin

Rat

27.11.2014

Betreff / Beschlussvorschlag

Situation der Wohnungslosen – Was bleibt vom Wahlversprechen?

Am 8. Mai hatte der Paritätische Wohlfahrtsverband die OB-Kandidaten zu einer Diskussionsrunde über soziale Themen in Braunschweig geladen. Hier wurde von Herrn Markurth gefordert, dass die Stadt bei der Unterbringung von Wohnungslosen nicht nur ein Belegungs-, sondern auch ein Besetzungsrecht ausüben solle. Weiter wurde von ihm erklärt, dass das Probewohnen zwar aufwändig und teuer sei, die 15 Wohneinheiten aber im Falle seiner Wahl auf 50 erhöht würden.

Am heutigen Tag erschien nun ein Beitrag in der Braunschweiger Zeitung, in dem die Initiative „Notruf Wohnungsmarkt“ darlegt, dass sich die Situation für Wohnungslose weiter verschärfen würde und weder die Aufstockung des Probewohnens noch die Anwendung des Besetzungsrechtes stattgefunden hätte.

Zur Dringlichkeit:

Da uns der Sachverhalt erst jetzt bekannt wurde, konnte die Frist zur Einreichung der Anfrage auch nicht eingehalten werden. Weiter ist anzuführen, dass existentielle Gefahr für die Wohnungslosen bestünde, wenn die Stadt nicht in der Lage sein sollte, für jeden Wohnungslosen eine Unterkunft im Winter bereitzustellen. Hier soll unsere Anfrage Klarheit schaffen.

Dies vorweg geschickt wird der Oberbürgermeister gefragt:

1. Wie hoch ist derzeit die Zahl der Wohneinheiten für Probewohnen?
2. Wie ist die derzeitige Auslastung der zentralen und dezentralen Wohnungslosenunterkünfte?
3. Ist sichergestellt, dass jeder Wohnungslose im Winter untergebracht werden kann?


Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender